

Jahresbericht 2013 Verein PPP Schweiz

Inhaltsübersicht

1.	Vorwort des Präsidenten	4
2.	Schwerpunkte des PPP-Modells in der Schweiz im Jahr 2013	5
2.1.	PPP-Geschäfte beim Bund	5
2.2.	PPP im eidgenössischen Parlament	6
2.3.	PPP-Vorhaben in Kantonen und Gemeinden	7
2.4.	Weitere vom Verein verfolgte PPP-Themen	8
2.5.	Wissenschaftliche Arbeiten	10
3.	Weitere Aktivitäten des Vereins PPP Schweiz	11
3.1.	Referate und Beiträge anlässlich der Generalversammlungen im Frühjahr und Herbst	11
3.2.	Ausbau und Pflege der PPP-Wissensplattform	11
3.3.	Newsletter	12
3.4.	Anfragen an den Verein PPP Schweiz	12
3.5.	PPP in den Medien	13
3.6.	Kooperationen des Vereins	13
4.	Mitglieder und Finanzen	14
4.1.	Mitgliederwesen, Mitgliederwerbung	14
4.2.	Finanzen	14
5.	Organe des Vereins, Experten und Fachgruppen	15
6.	Berichte aus dem Expertennetzwerk und den Fachgruppen	19
7.	Ausblick auf das Jahr 2014	21

1. Vorwort des Präsidenten

Das kantonale Verwaltungszentrum Neumatt in Burgdorf ist zur Zufriedenheit aller in Betrieb und hat das Interesse an öffentlich-privaten Kooperationen nach dem PPP-Modell weiter ansteigen lassen. Insbesondere in der Westschweiz wird die Frage des PPP-Modells für verschiedene Vorhaben konkret diskutiert, was den Verein PPP Schweiz optimistisch stimmt.

Trotz der in den Grundzügen positiven Einschätzung beschäftigt uns die Skepsis, mit der insbesondere die Verwaltungen dem neuen Ansatz begegnen. Sie mag nicht nur daran liegen, dass viele Verantwortliche im Umgang mit PPP-Vorhaben ungeübt sind, sondern auch darin begründet sein, dass der Start eines möglichen PPP-Vorhabens im Vergleich zu einer konventionellen Projektrealisierung mit neuen, atypischen Fragestellungen aufwartet. Diese Skepsis vor allem bei der Verwaltung abzubauen, ist das Ziel der Weiterbildungsveranstaltungen für Verwaltungen, die der Verein 2013 erfolgreich gestartet hat und die 2014 erneut angeboten werden, erstmals auch in der Westschweiz.

In nächster Zukunft dürften die Spätfolgen der Finanzkrise, Steuerausfälle und damit verbundene Investitionsengpässe die Suche nach alternativen Realisierungsmöglichkeiten für öffentliche Aufgaben und Infrastrukturvorhaben weiter stimulieren. Insbesondere im Gesundheitswesen stehen Unterhalts- und Erneuerungsinvestitionen in Milliardenhöhe an. Der Verein PPP Schweiz plädiert deshalb weiterhin dafür, dass alle neuen öffentlichen Aufgaben und mittlere sowie grössere Infrastrukturvorhaben systematisch auf ihre Eignung zur Umsetzung mit dem PPP-Modell hin geprüft werden. Der Entscheid, ob die Realisierung in konventioneller Art oder als PPP-Projekt erfolgen soll, kann so aufgrund der ermittelten Vor- und Nachteile auf erheblich gesicherten Grundlagen gefällt werden. Der damit verbundene Mehraufwand rechnet sich auch bei einer konventionellen Beschaffung, hilft er doch, Chancen und Risiken des Vorhabens in einer frühen Phase systematisch zu erfassen und die Kosten für den ganzen Lebenszyklus transparent zu machen.

Die Netzwerkplattform, die wir mit der Wissensplattform im Internet geschaffen haben und die wir mit Veranstaltungen zu den unterschiedlichsten Fragestellungen rund um öffentlich-private Kooperationen auch in Zukunft alimentieren wollen, bildet für alle am PPP-Modell Interessierten eine nützliche Grundlage. Sie ist darüber hinaus die einzige Plattform der Schweiz, die sich mit dem PPP-Modell und mit dessen schweizerischer Prägung beschäftigt.

Ich danke an dieser Stelle meinen Kollegen im Vorstand und den Mitglieder des Expertennetzwerks und der Fachgruppen für ihren grossen Einsatz zugunsten der gemeinsamen Sache. Den Vereinsmitgliedern danke ich für ihre Unterstützung und ihre Treue zum Verein.



Lorenz Bösch, Präsident

2. Schwerpunkte des PPP-Modells in der Schweiz im Jahr 2013

2.1. PPP-Geschäfte beim Bund

Der Bundesrat hat im September 2013 seine Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über den Strassentransitverkehr im Alpengebiet und die Sanierung des Gotthard-Strassentunnels an das Parlament verabschiedet. Diese sieht am Gotthard den Bau einer zweiten Tunnelröhre ohne Kapazitätserweiterung vor. Mit der Gesetzesänderung wird sichergestellt, dass dem Verkehr auch nach der Sanierung des bestehenden Tunnels stets nur eine Fahrspur pro Richtung zur Verfügung stehen wird. Damit bleibt der Alpenschutz gewahrt. Auf die Einführung einer Tunnelgebühr wird verzichtet.

Die Vorlage hat im Vorfeld u.a. deshalb auch den Verein PPP Schweiz beschäftigt, weil ein PPP-Modell zur Umsetzung nicht eingehend geprüft und nicht als eigenständige Finanzierungsvariante in die Vernehmlassung geschickt wurde.

Weil es sich beim Bau einer zweiten Röhre um eine Grossinvestition handelt, die die Strassenrechnung erheblich belasten wird, hat der Verein PPP Schweiz dem Bundesrat empfohlen, das Projekt von Beginn weg in öffentlich-privater Partnerschaft als sogenanntes Public Private Partnership-Modell (PPP) zu planen. Der Entscheid, ob der Bau der zweiten Röhre letztlich als PPP-Projekt realisiert werden soll oder nicht, hätte auf Grund der während der Planung ermittelten Vor- und Nachteile gegen das Ende der Planungsphase auf erheblich gesicherten Grundlagen gefällt werden können. Der damit verbundene Mehraufwand wäre auch bei einer konventionellen Beschaffung nicht verloren: Er hätte mitgeholfen, die Risiken des Projekts in einer frühen Phase systematisch zu erfassen und die Kosten für den ganzen Lebenszyklus des Tunnels transparent zu machen.

In der Botschaft werden auch der Themenkreis „Tunnelgebühren/PPP“ angesprochen und die Ergebnisse der Vernehmlassung erwähnt, die eine „überwiegend kritische Meinung der Vernehmlasser gegenüber einer öffentlich-privaten Finanzierung“ zu Tage gefördert habe. Die Quintessenz dazu wörtlich: „Der Bundesrat sieht sich daher in seiner Absicht bestätigt, die Sanierung des GST aus den ordentlichen Strassenmitteln zu finanzieren und auf die Erhebung einer Tunnelgebühr am GST zu verzichten.“

Private Initiative beim Bau von Infrastrukturen: In einem Dossier zum Jahresende 2012 stellte der Wirtschaftsdachverband economiesuisse fest, dass ein Paradigmenwechsel angezeigt sei, denn Planung, Bau und Betrieb von Infrastrukturen seien nicht alleinige Aufgabe des Staates. Um vermehrt privates Kapital und Know-how im Rahmen von PPP-Projekten zu nutzen, brauche es neben dem politischen Willen auch geeignete Rahmenbedingungen. So müssten Infrastrukturprojekte in einem standardisierten Prozess auf ihre PPP-Eignung überprüft werden.

Das Thema wurde im Zusammenhang mit fehlenden Infrastrukturen für den Strafvollzug von den Medien aufgegriffen. Auf Anfrage hin stellten sich die Justizvollzugsbehörden mehrheitlich auf den Standpunkt, dass eine Gefängnis-Privatisierung nicht gewünscht und gesetzlich nicht möglich sei. Das Bundesamt für Justiz stellte demgegenüber fest, dass der Betrieb versuchsweise und für eine beschränkte Zeit Privaten erlaubt werden könnte. Interessenten dafür bestehen. Politiker zeigten sich im Gegensatz zu den staatlichen Vollzugsbehörden der Privatisierung gegenüber offener eingestellt. Der Verein PPP Schweiz legt Wert darauf, dass gerade in diesem Themenfeld klar unterschieden wird zwischen einer Privatisierung und dem PPP-Modell: Eine Privatisierung hätte auch die Übernahme der Gefangenenbetreuung durch Private zur Folge. Beim PPP-Modell im Strafvollzug geht es aber darum, dass dem behördlichen Vollzug eine von Privaten geplante, gebaute, finanzierte und betriebene Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird. Dass dieses Modell funktioniert, beweist das Regionalgefängnis im Verwaltungszentrum Neumatt in Burgdorf.

2.2. PPP im eidgenössischen Parlament

Im Frühjahr wurde die parlamentarische Gruppe für öffentlich-private Partnerschaften PPP ins Leben gerufen. Angeführt wird die Gruppe von einem Präsidium, dem unter der Leitung der Baselbieter Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter, CVP, der Lausanner National- und Stadtrat Olivier Français, FDP, der Berner Nationalrat Urs Gasche, BDP, und der Bieler Ständerat Hans Stöckli, SP, angehören. Die Gruppe setzt sich dafür ein, dass die Anwendung des PPP-Modells durch die Bundesverwaltung vermehrt geprüft und in geeigneten Fällen auch realisiert wird. „Die Realisierung von PPP-Modellen kann einen wesentlichen Beitrag zu einem effektiven und effizienten Staatshandeln leisten“, stellte Elisabeth Schneider-Schneiter überzeugt fest. Zu diesem Zweck will die Gruppe das Wissen um PPP im Eidgenössischen Parlament und die Kommunikation zwischen PPP-Experten, dem Parlament und der Verwaltung fördern. Die Gruppe trifft sich inskünftig mindestens einmal jährlich, um über den Themenkreis der öffentlich-privaten Partnerschaften informiert zu werden.

Im Juni liessen sich Parlamentarierinnen und Parlamentarier der Gruppe im Rahmen eines ersten Informationstreffens anhand des kantonalen Verwaltungszentrums Neumatt in Burgdorf die Grundzüge des neuen Partnerschaftsmodells erläutern. Der Kanton Bern nutzt die 2012 fertiggestellte Anlage mit 450 Arbeitsplätzen für die Verwaltung, ein Regionalgefängnis und einen Werkhof zur besten Zufriedenheit aller an Ort Tätigen. Die privaten Betreiber der mit Investorengeldern finanzierten Anlage sind während 25 Jahren für die Anlage verantwortlich; danach fällt der ganze Gebäudekomplex in betriebsbereitem Zustand an den Kanton Bern. Bis dahin entrichtet der Kanton eine vertraglich festgelegte jährliche Nutzungsgebühr.

Mit einem Postulat unter dem Titel „Public Private Partnerships für Infrastrukturprojekte“ beauftragte am 19. Juni die FDP-Liberale Fraktion im Nationalrat den Bundesrat aufzuzeigen, für welche Verkehrsinfrastrukturprojekte er Partnerschaften zwischen Privaten und der öffentlichen Hand (Public Private Partnership) als möglich und sinnvoll erachtet. In seiner Stellungnahme vom 28.08.2013 legt der Bundesrat dar, dass er sich bereits mehrmals zum Thema Public Private Partnership (PPP) für Infrastrukturprojekte geäußert und in seinem Bericht vom 17. Dezember 2010 zur Sanierung des Gotthard-Strassentunnels und in der Auslegeordnung Strassenbenutzungsgebühren vom 27. Juni 2012 eingehend mit der Frage der (Mit-)Finanzierung von Infrastrukturprojekten durch Dritte (wie PPP) befasst habe. Der Bundesrat kommt zum Schluss, dass eine PPP-Lösung für den Bereich der nationalen Strassenverkehrsinfrastrukturen, insbesondere für den Gotthard-Strassentunnel, welcher eine verkehrspolitische Schlüsselrolle einnimmt, nicht geeignet ist. Bezüglich der (Mit-)Finanzierung von Infrastrukturprojekten im Bahnsektor kommt die Studie "Eignung des PPP-Ansatzes zur Realisierung von Projekten im Bahnsektor sowie zur Vorfinanzierung von ZEB- und Bahn-2030-Projekten" vom Dezember 2010 zum Schluss, dass "der PPP-Ansatz im Allgemeinen aber auch im Speziellen wie zur Vorfinanzierung von ZEB- und Bahn-2030-Projekten nicht eingesetzt werden sollte und auch im Hinblick auf die Kosteneffizienz grundsätzlich nicht zu empfehlen ist". In Anbetracht der unveränderten Gegebenheiten lehnt es der Bundesrat deshalb ab, einen generellen Bericht über die Möglichkeiten von PPP im Zusammenhang mit Verkehrsinfrastrukturprojekten zu erstellen. Er ist jedoch bereit, im Einzelfall und bei Vorliegen von speziellen Gegebenheiten den PPP-Ansatz zu prüfen und jeweils darüber zu berichten. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Postulates.

Mit einer Interpellation unter dem Titel „Bundessubventionen an PPP-Projekte Dritter“ hat Ständerat Hans Stöckli am 20. Juni 2013 den Bundesrat gebeten, verschiedene Fragen zum Anspruch auf Bundessubventionen von Kantonen, Gemeinden und von Dritten im Zusammenhang mit PPP-Lösungen zu beantworten.

In seiner Antwort vom 14.8.2013 stellt der Bundesrat fest, dass die Bestimmungen des Subventionsgesetzes die Unterstützung von PPP-Projekten Dritter unter den gleichen Voraussetzungen zulassen wie die Unterstützung von konventionellen Projekten. Dem Bundesrat sind keine Fälle bekannt, in denen Bestimmungen eines Spezialerlasses die Umsetzung oder die Unterstützung

von PPP-Lösungen verunmöglicht hätten. PPP-Lösungen wurden bisher in jenen Bereichen, in denen sie geprüft wurden, aus anderen Gründen verworfen, z. B. weil sie im Kostenvergleich teurer ausfielen als ein konventionelles Projekt (u. a. weil gewisse Risiken nur zu sehr hohen Kosten oder gar nicht an Private übertragen werden können) oder weil die Sozialpartner eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen befürchteten.

In einer Anfrage an den Bundesrat hat Nationalrat Cédric Wermuth dem Bundesrat Fragen zur Wasserpolitik der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und zur Anwendung des PPP-Modells im Ausland gestellt, die hier der Vollständigkeit halber erwähnt sei.

2.3. PPP-Vorhaben in Kantonen und Gemeinden

Das PPP-Modell stand auch 2013 verschiedenerorts konkret zur Debatte. Hier eine unvollständige Übersicht:

Leitlinien für Public Private Partnership-Modelle (PPP) im Kanton Solothurn: Der Solothurner Kantonsrat hat eine Ergänzung des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung mit PPP-Leitlinien überraschend verworfen. Nachdem eine deutliche Mehrheit des Parlaments eine PPP-Finanzierung in Ausnahmefällen als sinnvoll erachtete, sprach sich nach neuerlicher Überarbeitung der Vorlage eine Mehrheit auf SVP-Initiative hin für eine Rückweisung der Vorlage aus. Der Regierungsrat hat das Geschäft darauf hin abgeschlossen.

Spitalstrategie des Kantons St. Gallen: Die Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell (IHK) hat Mitte August eine Studie zur Spitalstrategie des Kantons St. Gallen vorgestellt. Diese empfiehlt im Sinne der Leistungskonzentration eine künftige Spitallandschaft mit fünf Akutspitälern und vier ambulanten Gesundheitszentren. Letztere sollen an den bestehenden Spitalstandorten Flawil, Rorschach, Altstätten und Walenstadt entstehen und in Form von Public Private Partnerships (PPP) betrieben werden. Die IHK-Studie baut auf der Spitalstrategie „Quadrige II“ der St. Galler Regierung auf, über die das St. Galler Stimmvolk voraussichtlich Ende 2014 zu befinden hat.

Genfer Seeüberquerung: Weil auf Bundesebene die Finanzmittel fehlen, werden mehrere Infrastrukturprojekte zur Engpassbeseitigung auf den Strassen auf die lange Bank geschoben. Das trifft besonders auf die Nationalstrassenabschnitte im Kanton Genf zu, die zunehmend chronisch überlastet sind. Mit der Genfer Seeüberquerung steht seit Jahren ein Projekt zur Diskussion, das Abhilfe schaffen könnte. Dessen Realisierung über alternative Finanzierungslösungen verdient eine nähere Betrachtung. Wie eine im September veröffentlichte Studie von economieuisse, dem Dachverband der Schweizer Wirtschaft, zeigt, erfüllt die Seeüberquerung alle Voraussetzungen, um im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft realisiert zu werden. Dies bietet viele Vorteile, unter anderem eine raschere Realisierung des Projekts.

Cargo sous terrain: Eine neue Infrastruktur für den Transport von Gütern soll bis in zehn Jahren das schweizerische Schienen- und Strassennetz entlasten. Der Förderverein Cargo sous terrain will – zunächst im zentralen Mittelland und später für den Raum zwischen Boden- und Genfersee sowie in Richtung Basel – die Machbarkeit eines Güter-Tunnelsystems aufzeigen und damit die Basis für die anschliessende Realisierung legen. In diesem System sollen Transportfahrzeuge beladene Paletten zwischen wichtigen Logistik- und Verteilzentren der Schweiz befördern. Eine in den letzten zwei Jahren durchgeführte Vorstudie kam zu einem positiven Ergebnis, was die Markt- und Wettbewerbsfähigkeit von Cargo sous terrain angeht. Das System ist zeitnah realisierbar, da es mit bewährter Technik arbeitet. Der Förderverein Cargo sous terrain erarbeitet bis Ende 2014 eine detaillierte wirtschaftliche und technische Machbarkeitsstudie. Der Verein PPP Schweiz steht im Kontakt mit dem Förderverein und hat ihm für die weitere Bearbeitung Unterstützung in Aussicht gestellt.

PPP für Flur- und Wuhrgenossenschaften: Flur- und Wuhrgenossenschaften, die Gewässerkorrekturen, Aufforstungen, aber auch den Bau und Unterhalt von kommunalen Wegen zum Ziel haben, funktionieren meist durch ehrenamtliches Engagement. In zunehmendem Masse haben sie Mühe, ihre Organe zu bestellen. Der Verein hat daher mit einer kleinen Arbeitsgruppe im Schosse der Fachgruppe Verkehr und unter Leitung des Vereinspräsidenten geprüft, ob in derartigen Fällen das PPP-Modell zum Einsatz kommen könnte. Eine erste Präsentation 2013 vor einer kantonalen Verwaltungseinheit hat ein ermutigendes Ergebnis ergeben. Der Verein wird die Fragestellung mit in Frage kommenden Stellen des Bundes weiter verfolgen.

Sports en Gruyère: Die Greyerzer Gemeinden haben sich Mitte 2013 auf einen neuen Gemeindeverband „Sports en Gruyère“ geeinigt. Dazu gehören die Schwimmbäder in Broc, Charmey und Bulle sowie die Eishalle in Bulle. „Sports en Gruyère“ plant ein neues regionales Sportzentrum im PPP-Modell.

Métamorphose, Lausanne: Das Grossprojekt, das die Gesamterneuerung der sportlichen Anlagen sowie den Bau zweier Öko-Quartiere vorsieht, ist 2013 in die Realisierungsphase getreten. Dabei handelt es sich allerdings nicht um ein PPP-Vorhaben nach internationalen Standards. Der Bau der öffentlichen Einrichtungen ist vielmehr im Austausch gegen Baurechte auf öffentlichen Grundstücken geplant. Bauherrin ist die Stadt Lausanne, finanziert wird das Vorhaben zu einem Teil über Direktinvestitionen der Bauherrschaft, zu einem andern Teil über die Bewertung der Grundstücke in Form von Baurechtzinsen.

Wohnüberbauung der Stadt Montreux: Bevor – voraussichtlich im Sommer 2014 – private Investoren gesucht werden können, müssen die kantonalen Voruntersuchungen weiter vorangetrieben werden.

Wassersportzentrum Morges: 2014 soll die für die Realisierung des als PPP-Projekt geplanten Wassersportzentrums in Morges verantwortliche Aktiengesellschaft gegründet werden. Diese wird sich im Besitz der am Projekt beteiligten Gemeinden befinden. Ihr wird auch die Suche nach einem privaten Partner bis Ende 2015 obliegen.

Parkhaus Yverdon-les-Bains: Die Stadt Yverdon hat zur Realisierung des seit Jahrzehnten diskutierten Parkhauses am Bahnhof eine PPP-Ausschreibung vorbereitet, die 2014 veröffentlicht werden soll.

2.4. Weitere vom Verein verfolgte PPP-Themen

Klare Vorgaben schaffen Sicherheit bei der öffentlichen Rechnungslegung von PPP

Für das PPP-Modell sind keine doppelten Abschreibungen vorzunehmen, wie nach dem Schweizer PPP-Pilotvorhaben Neumatt in Burgdorf befürchtet wurde, aber klare Vorgaben einzuhalten. Das Schweizerische Rechnungslegungsgremium für den öffentlichen Sektor SRS-CSPCP hat die Frage diskutiert, wie das PPP-Modell unter dem harmonisierten Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden (HRM2) ausgewiesen werden muss, und Standards festgelegt. Das Dokument ist auf der Wissensplattform des Vereins verfügbar.

PPP-Weiterbildung für Verwaltungen erfolgreich gestartet

Die Einführung für interessierte Mitarbeitende von öffentlichen Verwaltungen in das PPP-Modell (Public Private Partnership), die der Verein PPP Schweiz 2013 erstmals ausgeschrieben hat, ist erfolgreich gestartet. An den ersten beiden Veranstaltungen in Bern und Zürich nahmen Mitarbeiter des Bundes, von Kantonen, Städten, Gemeinden und aus der Privatwirtschaft teil. Gemäss Teilnehmerbefragung haben beide Anlässe die Erwartungen der meisten Anwesenden erfüllt, so dass das Angebot 2014 leicht ausgedehnt und das Programm inhaltlich erweitert wieder ausgeschrieben wird.

Neue Fachschrift „Alternative Finanzierungsmöglichkeiten für kleinere und mittlere öffentliche Investitionsvorhaben“

Der Verein PPP Schweiz hat 2013 eine neue Fachschrift veröffentlicht, die alternative Finanzierungsmöglichkeiten analysiert und darlegt, dass sich das Modell auch für mittlere und kleinere Vorhaben eignet. Bislang galt die Regel, dass öffentliche Infrastrukturvorhaben im Hochbau ein Investitionsvolumen von mindestens 50 Millionen Franken umfassen müssten, damit sich eine Realisierung in einer öffentlich-privaten Partnerschaft nach dem PPP-Modell wirtschaftlich lohne. Nach positiven Erfahrungen in Deutschland auch mit mittleren und kleineren Vorhaben und einer eingehenden Prüfung der Erfahrungen wurden die bisherigen Vorgaben für Vorhaben in der Schweiz angepasst. Die Schrift ist auf der Wissensplattform des Vereins publiziert und frei verfügbar.

Privatkliniken suchen Kooperationen mit öffentlichem Gesundheitswesen

Neue Wege in der Zusammenarbeit zwischen Privatkliniken und öffentlichen Spitälern zu suchen war das Ziel der Herbsttagung von Privatkliniken Schweiz, die in Kooperation mit dem Verein PPP Schweiz im November in Zürich durchgeführt wurde. Seit bald zwei Jahren ist eine neue Spitalfinanzierung in der Schweiz Tatsache. Durch sie haben sich die Kantonsgrenzen geöffnet, der Wettbewerb unter den Leistungserbringern wurde gestärkt, die Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung hat an Bedeutung gewonnen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Frage, ob diese Veränderungen neue Wege der Zusammenarbeit zwischen Privatkliniken und öffentlichen Spitälern öffnen würden. Lorenz Bösch, Präsident des Vereins PPP Schweiz, stellte dabei fest, dass öffentlich-private Partnerschaften die Ziele der neuen Spitalfinanzierung unterstützen und mithelfen würden, eine Optimierung der Kosten- und Leistungseffizienz sowie eine bessere Risikoverteilung in öffentlichen Spitälern zu erreichen. Er motivierte die Privatkliniken, mit konkreten Angeboten und Konzepten auf öffentliche Partner zuzugehen, das Bewusstsein für Kooperationen zu Gunsten eines kosteneffizienteren, guten Spitalwesens zu schaffen und strategische Partnerschaften zu entwickeln. Für die öffentlichen Haushalte liegt der mögliche Nutzen solcher Partnerschaften gemäss Peter Rohner, Leiter der Fachgruppe Gesundheitswesen des Vereins, in der Kosteneffizienz, aber auch im baulichen und betrieblichen Wissen privater Anbieter und in ihrer Risikobereitschaft. Die privaten Partner ihrerseits könnten sich über diese Partnerschaften den Zugang zum Markt und seinen Entscheidungsträgern sichern.

PPP – ein Modell für das Spital 2020?

Die Organisation der ehemaligen Absolventinnen und Absolventen des Nachdiplomstudiums „Management im Gesundheitswesen“ an der Uni Bern befassten sich an ihrer Generalversammlung im November in Zürich ebenfalls mit der Zukunft des Gesundheitswesens. Lorenz Bösch, Präsident des Vereins PPP Schweiz, stand dabei die Aufgabe zu, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über das PPP-Modell zu informieren und sie davon zu überzeugen, das Modell inskünftig in ihre Überlegungen miteinzubeziehen.

Er stellte dabei fest, dass PPP-Modelle in der Spitallandschaft im deutschsprachigen Raum Europas relativ neu wären. PPP als Methode zwinge zu strategischer Führung und klaren Leistungsvorstellungen; entsprechende Angebote würden aber auch durch die privaten Partner wegen der langfristigen Bindung genau geprüft. Nach seiner Überzeugung machen PPP-Lösungen nur Sinn, wenn die öffentliche Hand daraus einen Nutzen ziehen kann; dieser kann im Bereich der Kosteneffizienz oder andern Kriterien liegen. Er machte deutlich, dass PPP eine Herausforderung darstelle, die aus methodischen und politischen Gründen immer in Betracht gezogen werden sollte.

2.5. Wissenschaftliche Arbeiten

Das PPP-Modell stand im Mittelpunkt verschiedener Diplom- und Masterarbeiten, zu denen der Verein angesprochen wurde:

Name	Vorname	Hochschule	Stufe	Thema/Titel	Abschluss
Weissenböck Girmscheid	Stefan Gerhard	ETH Zürich	Conference Paper	Concept of a quantitative project selection model for PPP projects	07.05.2013
Töpfer	Britta	Fachhochschule Mainz	Hausarbeit	PPP in der Schweiz: Das Vergabeverfahren im Rah- men der Beschaffungsvariante PPP am Beispiel des PPP- Pilotprojektes Neumatt	10.06.2013
Bruder	Martin	Executive Master of Public Administration der Universität Bern	Masterarbeit	Mögliche Organisationsformen für ein Prüfzentrum im Fricktal, rechtliche und politische Möglich- keiten und Grenzen	Sept. 2013

3. Weitere Aktivitäten des Vereins PPP Schweiz

3.1. Referate und Beiträge anlässlich der Generalversammlungen im Frühjahr und Herbst

Die Schweizer Spitäler werden in den nächsten Jahren mit Investitionen von über 20 Milliarden Schweizer Franken erneuert werden müssen. Zur Finanzierung dieses enormen Bedarfs sollten nach Überzeugung des Vereins PPP Schweiz vermehrt öffentlich-private Partnerschaften nach dem PPP-Modell zum Zuge kommen. Lorenz Bösch, Präsident des Vereins, empfahl an der Frühjahrs-Generalversammlung in Bern den Kantonen, den Einsatz des PPP-Modells vermehrt zu prüfen. Das schweizerische Gesundheitswesen gilt als qualitativ hochstehend aber auch als teuer. Die im internationalen Vergleich relativ hohen Kosten lassen sich nicht einzig durch eine vermeintlich höhere Qualität begründen. Daraus lässt sich nach Urs Meister, Projektleiter und Mitglied des Kaders des Think-Tanks „Avenir Suisse“, folgern, dass die Gesundheitsversorgung in der Schweiz zu einem besseren Preis-Leistungsverhältnis erbracht werden könnte. Ein Schlüssel dazu liegt in der Nutzung wettbewerblicher Instrumente. Ein erster Schritt in dieser Richtung war die Einführung der neuen Spitalfinanzierung mit DRG-Fallpauschalen. Doch die heutigen Spitalstrukturen und die damit verbundenen Mehrfachrollen der Kantone als Regulator, Spitalplaner, Finanzierer und Unternehmer behindern nach Überzeugung auch dieses Experten das Zustandekommen echter Konkurrenz.

Die Veranstaltung nach der Herbst-GV des Vereins Anfang Dezember befasste sich mit dem Stellenwert von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen (WU) für öffentliche Bauten. Ihnen kommt als Grundlage jeder Lebenszykluskostenbetrachtung im Bauprozess in der Schweiz (noch) nicht der gebührende Stellenwert zu. Zu diesem Schluss kamen Experten des Vereins PPP Schweiz und externe Fachleute. Bei PPP-Projekten ist die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung Standard und Voraussetzung für die Einleitung eines Vergabeprozesses und für den Zuschlag an einen privaten Partner. Öffentlich-private Partnerschaften nach dem PPP-Modell schaffen Transparenz bei öffentlichen Beschaffungen und sind daher eine wichtige Hilfe für die Entscheidungsgremien. Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen sind nach dem Verein PPP Schweiz unverzichtbar und sollten daher gesetzlich verpflichtend festgehalten werden, weil sie selbst dann zu Effizienzvorteilen führen, wenn konventionell realisiert wird.

3.2. Ausbau und Pflege der PPP-Wissensplattform

Die Präsenz des Vereins im Internet hat 2013 keine grundsätzliche Veränderung erfahren, wurde aber mit erheblichem Aufwand fortgeführt. Die Medienmitteilungen des Vereins und rund 50 aktuelle Nachrichten aus der Welt des PPP-Modells sorgten für eine hohe Aufmerksamkeit bei Mitgliedern und interessierten Kreisen. Mit Hinweisen auf Veranstaltungen in der Schweiz und im benachbarten Ausland leistete der Verein einen Beitrag zum Wissensaustausch, der sehr geschätzt wird. Erheblichen Aufwand zogen auch die Aktualisierung der erfassten PPP-Projekte in der Schweiz und die Präsentation neuer Vorhaben mit sich.

Diese Arbeiten des Vereins sind bei rückläufigen Mitgliederbeiträgen ohne Sponsoren nicht mehr zu leisten. Der Verein PPP Schweiz dankt daher erneut der HRS Real Estate AG (www.hrs.ch) sowie der Kanzlei der Bratschi Wiederkehr & Buob (www.bratschi-law.ch) für ihre finanzielle Unterstützung nicht nur als Vereinsmitglieder, sondern auch als Sponsoren der Wissensplattform.



bratschi
wiederkehr
& buob

Der Verein PPP Schweiz würde sich freuen, wenn er weitere Sponsoren für eine Mitwirkung gewinnen könnte. Die Geschäftsstelle steht Interessenten gerne mit weitergehenden Informationen zur Verfügung.

3.3. Newsletter

Mit insgesamt sieben Ausgaben des elektronischen Newsletters orientierte die Geschäftsstelle 2013 Vereinsmitglieder und gegen 2'800 Schlüsselpersonen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft über wichtige Veränderungen im Umfeld des PPP-Modells und des Vereins. Die Reaktionen zeigen, dass diese Dienstleistung weiterhin sehr geschätzt wird. Sie kommt immer dann zum Einsatz, wenn aktuelle und relevante Informationen zur Verbreitung anstehen.

3.4. Anfragen an den Verein PPP Schweiz

Das Interesse am PPP-Modell hat sich 2013 in einer erneut steigenden Zahl von Anfragen nach Informationen und Referaten im In- und Ausland niedergeschlagen. Hier ein Ausschnitt aus diesen Anfragen:

Wer	Vor- und Nachname	Anliegen
Commune de Montreux	Lorraine Wasem	Abklärungen für PPP-Projekt
HES-SO Genève (Haute Ecole spécialisée de Suisse occidentale)	Yolande Estermann	Referent für Master-Lehrgang gesucht
COO und Events Director DAYO Consulting, Zürich	Niklaus Gnädinger	Englischsprachiger Referent gesucht
HES-SO Genève	Josette Morosoli-Coma	Informationen zu PPP
	Kevin Hodel, Udligenswil	Experte für "La Maladière" gesucht
Ville de Moutier	Marco Fernandez	Abklärungen für PPP-Projekt
Implenia Renens	Isabelle Heughebaert	PPP-Referenten für Implenia Development Versammlung gesucht
Finkbohner GmbH	Walter Finkbohner	Abklärungen für PPP-Projekt
	Walter Zimmerli, Biberstein	Anfrage zu PPP-Verträgen
	Dr. iur. Michael Bammatter	Experten aus der Nordwestschweiz gesucht

Eine grosse Zahl dieser Anfragen vermochte die Geschäftsstelle selbständig zu beantworten. Wir danken den Vorstandsmitgliedern und PPP-Experten, die sich für die Beantwortung der Fachfragen zur Verfügung gestellt haben.

3.5. PPP in den Medien

Die Studie der economiesuisse zum Bau der Infrastrukturen und der Rolle der Privaten und das Vernehmlassungsverfahren zu einer zweiten Tunnelröhre am Gotthard haben 2013 zahlreiche Medienberichte ausgelöst und den Verein beschäftigt.

Als Teil der Medienarbeit betrieb die Geschäftsstelle weiterhin ein nationales PPP Issues Management, das sich primär auf Internetmeldungen und Zeitungsausschnitte abstützte. Diese Arbeit verfolgte das Ziel, offene Fragen und Themen im Trend frühzeitig zu ermitteln. Im Zug dieser Arbeit wurden 2013 über 4'000 Beiträge gesichtet und inhaltlich auf die Relevanz für die Vereinstätigkeit analysiert. Daraus resultierten rund 200 Meldungen, die an Experten oder Mandatsträger weitergeleitet wurden oder deren Inhalt in die Wissensplattform im Internet einfluss.

Im vergangenen Jahr richtete der Verein folgende Beiträge an die Medien:

Datum	Medium	Thema
04.03.2013	Bauwirtschaft	Staat und Wirtschaft profitieren gleichermaßen
05.03.2013	PUNKTmagazin	Zwei ungleiche Partner
18.03.2013	Medienmitteilung	Neue Parlamentarische Gruppe für öffentlich-private Partnerschaften PPP gegründet
März 2013	Magazin Union des Communes Vaudoises	Le partenariat public-privé (PPP), une alternative intéressante (Jean-Hugues Busslinger)
29.05.2013	Medienmitteilung	Grosser Erneuerungsbedarf bei Spitalimmobilien ruft nach Einsatz des PPP-Modells
06.06.2013	Medienmitteilung	PPP-Modell neu auch für kleinere und mittlere Vorhaben geeignet
19.06.2013	Medienmitteilung	Verwaltungszentrum Neumatt als PPP-Vorbild für eidgenössische Parlamentarier
Juni 2013	NZZ	Das PPP-Modell in der Schweiz
21.11.2013	Tribune de Genève	Leserbrief-Entgegnung zu „Payer plus cher“
22.11.2013	Medienmitteilung	Privatkliniken suchen Kooperationen mit öffentlichem Gesundheitswesen
05.12.2013	Medienmitteilung	Partnerschaften mit Privaten schaffen Transparenz bei öffentlichen Beschaffungen
07.12.2013	Sonntagszeitung	Interview des Geschäftsführers zum Thema PPP
11.12.2013	RTS1 – Journal du matin	Le partenariat public-privé (Jean-Hugues Busslinger)

3.6. Kooperationen des Vereins

Eine erneut intensive und freundschaftliche Zusammenarbeit pflegte der Verein mit der Eidgenössischen Technischen Hochschule ETH in Zürich und mit dem Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern, die beide Repräsentanten in den Vereinsvorstand abstellten, sowie mit der Berner Fachhochschule, mit economiesuisse, dem Dachverband der Schweizer Wirtschaft, mit dem deutschen Verein PPP in Hessen e.V. und mit dem Bundesverband Public Private Partnership e.V. in Hamburg. Alle diese Organisationen stellen für den Verein weiterhin eine wichtige Informationsquelle punkto Erfahrung und Fachwissen dar. Wir danken an dieser Stelle allen unseren Gesprächspartnern für ihren Beitrag zum gegenseitigen Informationsaustausch!

4. Mitglieder und Finanzen

4.1. Mitgliederwesen, Mitgliederwerbung

Im Jahr 2013 sind die Schweizer Rheinsalinen AG, die Itten + Brechbühl AG, die Securitas AG, die Reichmuth + Co Investmentfonds AG sowie drei Einzelpersonen dem Verein PPP Schweiz beigetreten.

Dagegen stehen die Austritte des Kantons Aargau und jene von vier Unternehmen aus der Privatwirtschaft sowie von drei Einzelpersonen. Die Austritte wurden mit Pensionierung, Sparmassnahmen oder falschen Erwartungen an das PPP-Modell begründet.

Somit zählt der Verein PPP Schweiz per Ende 2013 neu 98 Mitglieder (2012: 97).

Die Mitgliederwerbung wird 2014 gezielt verstärkt, damit der Verein seine Tätigkeit aufrecht erhalten und gezielt weiter ausbauen kann.

4.2. Finanzen

Die Jahresrechnung 2013 schliesst bei einem Totalertrag von Fr. 330'076.00 (2012: Fr. 372'212.25) und einem Aufwand von Fr. 320'559.00 (2012: Fr. 367'456.10) mit einem bescheidenen Einnahmenüberschuss von Fr. 3'160.26. Obwohl die Mitgliederbeiträge 2013 um rund Fr. 44'000 zurückgingen, konnte das Jahresergebnis 2013 dank Sparmassnahmen positiv gestaltet werden.

Das Vereinsvermögen beläuft sich per 31.12.2013 auf Fr. 87'736.24 (Vorjahr Fr. 84'575.98).

5. Organe des Vereins, Experten und Fachgruppen

Vorstand

Lorenz Bösch Präsident	Unternehmensberater, Mitglied der Geschäftsleitung BHP-Hanser und Partner, Zürich; ehemaliger Baudirektor des Kantons Schwyz
Niklaus Scheerer Vizepräsident	UBS AG, Corporate & Institutional Banking, Executive Director, Zürich
Ulrich Appenzeller Quästor	Rüstungschef, Leiter Departementsbereich armasuisse im VBS, Bern
Bryan T. Adey	Lehrstuhl für Infrastrukturmanagement am Institut für Bau- und Infrastrukturmanagement der ETH Zürich, Prof. Dr.
Dieter Bambauer	Mitglied der Konzernleitung Schweizerische Post und Leiter PostLogistics, Dr., Bern
Jakob Baumann	Vorsitzender der Geschäftsleitung der Erdgas Ostschweiz AG, Zürich
Urs Bolz	Unternehmensberater, Inhaber bolz+partner GmbH, Dr., Bern
Jean-Hugues Busslinger	Direktor und Leiter politische Abteilung, Centre Patronal, Paudex
Urs Gasche	Nationalrat, Verwaltungsratspräsident der BKW FMB Energie AG, Bern
Guido Grütter	Gemeindeammann, Politische Gemeinde Münchwilen
Armin Haymoz	KPMG AG, Leiter Public Sektor und NPO, Gümligen
Andreas Lienhard	Professor für Staats- und Verwaltungsrecht, Geschäftsführender Direktor Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern, Prof. Dr.
Hansruedi Müller	gsi Bau- und Wirtschaftsingenieure AG, Mitglied der Geschäftsleitung, Basel
Kurt Signer	Generalsekretär des Baudepartements des Kantons St. Gallen
Hans Stöckli	Ständerat Kanton Bern, Biel

Kontrollorgan des Vereins (Revisionsstelle)

Daniel Dubois	Betriebswirtschafter HSG, Leiter der Finanzkontrolle der Stadt Basel, lic. oec., Basel
Christian Meier	Betriebswirtschafter HSG, stv. Finanzchef und Controller der Stadt Thun, lic. oec., Thun

Geschäftsstelle

Heinz Gut, Geschäftsführer	Geschäftsführender Partner Heinz Gut & Partner AG, Zürich
----------------------------	---

Expertennetzwerk

Urs Bolz Präsident	Unternehmensberater, Inhaber, bolz+partner GmbH, Dr., Bern
Andreas Lienhard Vizepräsident	Professor für Staats- und Verwaltungsrecht, Geschäftsführender Direktor Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern, Prof. Dr.
Andreas Abegg	A M T Rechtsanwälte, Zürich, Prof. Dr.
Serge Y. Bodart (ab August 2013)	Consultant Engineer, IPD – Infrastructure Project Development, Genf
Marc Cummins	Generalsekretär der Baudirektion des Kantons Zürich, Dr., Zürich
Christian Elsener	Director PricewaterhouseCoopers AG, Bern
Tobiolo Gianella	Ragim Fiduciaria SA, Lugano e Facoltà di Scienze economiche, Università della Svizzera italiana, Lugano, Dr.
Gerhard Girmscheid	Professor für Bauprozess- und Bauunternehmensmanagement, Vorsteher des Instituts für Bau- und Infrastrukturmanagement, ETH Zürich, Prof. Dr.
Guido Grütter	Gemeindeammann, Politische Gemeinde Münchwilen
Armin Haymoz	Leiter Public Sektor und NPO, KPMG AG, Gümligen
Claude Jeanrenaud	Nationalökonom, Professor Université de Neuchâtel, Institut de recherches économiques, Prof. Dr., Neuchâtel
Ansgar Kauf (ab August 2013)	Senior Expert in PPPs for Roads & Transport, Genf
Ulrich Keusen	Rechtsanwalt, Bratschi, Wiederkehr & Buob, Partner, Bern
Romeo Minini	Advokatur Minini, Zürich
Heinz Müller	Direktor, Berner Fachhochschule Architektur, Holz und Bau, Burgdorf
Hansruedi Müller	Mitglied der Geschäftsleitung, gsi Bau- und Wirtschafts- ingenieure AG, Basel
Thomas Müller-Tschumi	Walder Wyss AG, Dr., Zürich
Peter Rohner	Managing Partner, BEG & Partners AG; Leiter CC HNE, Universität St. Gallen, Prof. Dr.
Stefan Weissenböck (ab November 2013)	Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Bau- und Infrastruktur- management, ETH Zürich
Thomas Wilhelm (ab August 2013)	Projektleiter, Marti Contractors Ltd., Moosseedorf
Michael Zilkens (ab August 2013)	Dipl. Ing. RWTH/SIA, Dipl. Kfm., Dipl. Volkswirt, Luzern

Fachgruppen

<i>Fachbereich / Fachgruppe</i>	<i>Präsident, verantwortlicher Leiter</i>	<i>Zuständiges Mitglied Vorstand/Expertennetzwerk</i>
Bau (<i>derzeit inaktiv</i>)	Hansruedi Müller	Prof. Dr. Gerhard Girmscheid
Dienstleistungen	Guido Grütter	Dr. Urs Bolz, Prof. Dr. Claude Jeanrenaud
Finanzen (<i>derzeit inaktiv</i>)	vakant	Niklaus Scheerer
Gesundheitswesen	Prof. Dr. Peter Rohner	Guido Grütter
Verkehr	Niklaus Lundsgaard-Hansen (Rücktritt per Ende 2012) Thomas Kieliger, Dipl. Bauing. ETH, Kieliger Gregorini, Wollerau (ab April 2013)	Guido Grütter

Mitglieder der Fachgruppen

Dienstleistungen

Thomas Walter Wälchli PostLogistics AG, Leiter Konzeption Kundenlogistik, Bern

Gesundheitswesen

Lars Baacke BEG & Partners AG, Dr., Schaffhausen
 Daniel Domeisen CURAVIVA Verband Heime und Institutionen Schweiz, Ressortleiter BWL/Recht, Bern
 Jürg Th. Gasser MediService AG, CEO, Dr., Zuchwil
 Jörg Huber Stadtspital Triemli, Leiter Orthopädie, Dr., Zürich
 Urs Karli AndreasKlinik Hirslanden Cham Zug, Direktor, Dr., Cham
 Adrian Lehmann Credit Suisse AG, Zürich
 Peter Wiedersheim Ärztegesellschaft Kanton St. Gallen, Geschäftsführer, Dr., St. Gallen

Verkehr/Infrastrukturen

Serge Y. Bodart IPD – Infrastructure Project Development, Consultant Engineer, Genève
 Christian Elsener PricewaterhouseCoopers AG, Corporate Finance Real Estate, Direktor, Bern
 Guido Grütter Gemeindeammann, Politische Gemeinde Münchwilen
 Heinz Gut Geschäftsführender Partner Heinz Gut & Partner AG, Zürich
 Ansgar Kauf Senior Expert in PPPs for Roads & Transport, Genf

Thomas Kieliger	Kieliger & Gregorini AG, Partner und Inhaber, Wollerau
Frédéric Mohr	Pöyry Infra AG, Bauing. MBA, Consulting, Zürich
Hansruedi Müller	gsi Bau- und Wirtschaftsingenieure AG, Mitglied der Geschäftsleitung, Basel
Stefan Suter	Ecoplan, Partner, Bern
Michael Zilkens	Dipl. Ing. RWTH/SIA, Dipl. Kfm., Dipl. Volkswirt, Luzern

6. Berichte aus dem Expertennetzwerk und den Fachgruppen

Expertennetzwerk

Das Expertennetzwerk hat 2013 unter Leitung von Urs Bolz zwei halbtägige Sitzungen durchgeführt und sich wiederum vielfältig in die Ausbildung, Weiterbildung und PPP-Diskussion in der Schweiz eingebracht. Das Expertennetzwerk bezweckt, die Aktivitäten des Vereins zu unterstützen, den Praxis- und Wissensaustausch zu fördern und PPP-Wissen weiterzuentwickeln.

An einer ersten Sitzung vom 19. März 2013 haben sich die Experten eingehend zur Frage der Positionierung der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung im Bauprozess befasst und folgende Thesen verabschiedet:

1. **Nachhaltiges und wirtschaftliches Bauen und Bewirtschaften** von öffentlicher Infrastruktur setzt eine frühzeitige Prüfung von verschiedenen Realisierungsvarianten und Finanzierungsmodellen unter Einbezug aller tatsächlichen oder potenziellen Kosten (mindestens) über einen Lebenszyklus der Investition (u.a. Investitionsfolgekosten, betriebliche Folgekosten, Finanzierungskosten und Risikokosten) voraus.
2. Der **Wirtschaftlichkeitsuntersuchung** als Grundlage jeder Lebenszykluskostenbetrachtung kommt im schweizerischen Bauprozess (noch) nicht der gebührende Stellenwert zu.
3. Zur **Optimierung** von nachhaltigem und wirtschaftlichen Bauen ist zu fordern, dass
 - a. die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung bereits in der Frühphase im Bauprozess fest positioniert wird;
 - b. entsprechende Standards für eine qualitativ zweckmässige Durchführung geschaffen werden;
 - c. die Relevanz potenzieller Risiken für die öffentliche Hand aus der Beschaffung von Infrastrukturen in den Verwaltungen und bei den politischen Entscheidungsträgern durch eine öffentliche, vorwurfs- und wertungsfreie Diskussion transparent gemacht wird;
 - d. die Prüfung von alternativen Realisierungs- und Finanzierungsvorhaben verpflichtender Bestandteil der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung ist, falls mögliche Vorteile plausibilisiert werden können;
 - e. die Notwendigkeit einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung bei bedeutenden Infrastrukturvorhaben gesetzlich verpflichtend festgehalten wird;
 - f. die für die Finanzen zuständige Verwaltung in die Erstellung der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung oder in die Prüfung der Ergebnisse der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zweckmässig einbezogen wird.

An der zweiten Sitzung vom 21. November 2013 haben die Experten die Thesen zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nochmals aufgegriffen. Die Erkenntnisse wurden an der Generalversammlung vom 5. Dezember 2013 vorgestellt. Zudem haben sich die Experten mit der Frage auseinandergesetzt, wie Parlamentarierinnen und Parlamentarier wirtschaftliche Lebenszyklusmodelle fördern können.

Das Expertennetzwerk führt eine Liste mit laufenden wissenschaftlichen Arbeiten zu PPP und erhebt Entwicklungen zur schweizerischen Praxis für eine Jahresübersicht PPP Schweiz.

Fachgruppe Dienstleistungen

Wie in den vergangenen Jahren war das Interesse am PPP-Modell im Bereich Dienstleistungen leider noch nicht verbreitet vorhanden. Dies obwohl seitens der Privatwirtschaft weiterhin konkrete Ideen vorliegen und diese bereit wäre, sich zu engagieren. Voraussetzung für ihr Engagement ist jedoch der klar zum Ausdruck gebracht Wille von Vertretern der öffentlichen Hand, die Angebote der Privatwirtschaft in ihre Überlegungen dann einzubeziehen, wenn Dienstleistungsangebote verändert oder neu entwickelt werden.

Fachgruppe Gesundheitswesen

Nachdem das neue Spitalfinanzierungsgesetz per 1. Januar 2012 in Kraft getreten ist, zeichnet sich immer klarer ab, dass für die erfolgreiche Finanzierung von bestehender und neuer Infrastruktur im Gesundheitswesen neue Vorgehensweisen und Organisationslösungen unumgänglich werden. Dabei wird unter anderem die langfristige Wirtschaftlichkeit für die Finanzierbarkeit eines Investitionsprojekts eine wichtige Rolle spielen. Eine gut durchdachte und organisierte Verbindung des öffentlichen Leistungsauftrags und öffentlicher Interessen mit einem privatwirtschaftlichen Anreizsystem kann dabei nicht nur die Effizienz der herkömmlichen Infrastruktur verbessern, sondern auch neue, vielversprechende Projektvarianten und Kooperationen hervorbringen. Es wird erwartet, dass in den nächsten Jahren Spitalbauprojekte in der Höhe von mehreren Milliarden CHF realisiert werden. In diesem Sinne hat die Fachgruppe PPP im Gesundheitswesen im Laufe des Jahres 2013 den Fokus vermehrt auf PPP-Kooperationen für den Spitalneubau gelegt. Planung, Bau und Betrieb wie auch die Finanzierung einer Spitalimmobilie können insbesondere dann effizient und kostengünstig organisiert werden, wenn alle Beteiligten von einer guten Umsetzung profitieren werden. Das PPP-Modell schafft entsprechende Anreize. Für das Jahr 2014 plant die Fachgruppe die Mitarbeit in mehreren bereits initiierten Forschungsprojekten zur Erarbeitung von wissenschaftlichen Grundlagen für die beschriebene Thematik.

Fachgruppe Verkehr

Im Gegensatz zu den Vorjahren verzeichnete die Fachgruppe Verkehr 2013 nur wenige Aktivitäten. Das lag daran, dass dieser Themenbereich derzeit von der Frage dominiert wird, wie der Gotthard-Strassentunnel saniert werden soll. Der Verein hat bereits 2010 festgestellt, dass der Bau und Betrieb einer zweiten Strassenröhre am Gotthard nach dem PPP-Modell möglich wäre und geprüft werden sollte. Gleichzeitig hat er aber entschieden, sich in die verkehrspolitische Fragestellung, **ob** eine zweite Röhre gebaut werden soll, nicht einzumischen, weshalb die Arbeit der Fachgruppe 2013 ruhte.

Der Präsident der Fachgruppe, Herr Niklaus Lundsgaard-Hansen, hat auf Ende 2012 seinen Rücktritt eingereicht, weil sich seine beruflichen Aktivitäten in neue Richtungen bewegten. Der Verein dankt ihm für sein grosses Engagement in der gemeinsamen Sache herzlich.

Thomas Kieliger, dipl. Bauing. ETH, ehemaliger Kantonsingenieur des Kantons Zürich und als Partner der Kieliger Gregorini AG in Wollerau tätig, hat sich als neuer Vorsitzender zur Verfügung gestellt. Er wird die Fachgruppe reaktivieren, sobald sich wieder ein Thema zur Bearbeitung aufdrängt.

7. Ausblick auf das Jahr 2014

2014 sind wiederum Informationsveranstaltungen im Anschluss an die Generalversammlungen des Vereins geplant:

- 14. Mai 2014
Generalversammlung mit anschliessender Informationsveranstaltung:
**Der Umgang mit Risiken bei öffentlichen Vorhaben –
Das PPP-Modell, ein neues Risiko oder ein neuer Risikoträger?**
- 03. Dezember 2014
Generalversammlung mit anschliessender Informationsveranstaltung
(Thema noch offen)

Zudem plant der Verein drei Weiterbildungsveranstaltungen für Mitarbeiter von Verwaltungen, die am 13. Juni 2014 in Paudex in französischer Sprache, am 17. Juni 2014 in Bern und am 12. September 2014 in Zürich in deutscher Sprache durchgeführt werden.